

Podiumsdiskussion zur Mindestlohn-Initiative der Gewerkschaften in Aarau

Wer arbeitet, soll davon leben können

Die Mindestlohn-Initiative des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB) bewegt und polarisiert. Eine Podiumsdiskussion zu diesem Thema im Theater Tuchlaube in Aarau mobilisierte auffällig viele junge Leute. Die Diskussion gab einen Vorgeschmack auf den bevorstehenden Abstimmungskampf.

Die Fronten an der vom Aargauischen Gewerkschaftsbund (AGB) organisierten Veranstaltung waren klar abgesteckt: Auf der einen Seite Daniel Lampart, Chefökonom des SGB, und Viviane Hösli, Buchhändlerin und AGB-Vizepräsidentin, als klare Befürworter eines gesetzlich fixierten Mindestlohnes, auf der andern Seite Daniel Knecht, Präsident der **Aargauischen Industrie- und Handelskammer (AIHK)**, und René Sommer vom Arbeitgeberverband Coiffeur Suisse als vehemente Gegner.

Die Diskussion über Mindestlöhne sei nichts neues, stellte Daniel Lampart einleitend fest. Die Schweiz habe eine lange Tradition mit Gesamtarbeitsverträgen (GAV) und gute Erfahrungen damit gemacht. Das Problem sei jedoch, dass 50 Prozent der Arbeitnehmenden nicht mit einem GAV erfasst werden könnten. Rund 400 000 Personen seien in Niedriglohnjobs beschäftigt und bewegten sich deshalb am Rande der Armutsgrenze. Mindestlöhne stellten ein Mittel zum Schutz der Schwächsten auf dem Arbeitsmarkt dar.

Generell seien Frauen und damit auch Familien sowie junge Arbeitnehmende von zu tiefen Löhnen betroffen, ergänzte Viviane Hösli. Es sei eine Schande, dass Arbeitnehmende in der reichen Schweiz, die voll arbeiten, auf Sozialhilfe angewiesen seien. Wer arbeite, müsse auch davon leben können.

Knecht und Sommer teilten zwar die Meinung, dass „anständige Löhne“ bezahlt werden sollten. „Auch wir sind daran interessiert, dass Kaufkraft geschaffen wird“, betonte der **AIHK**-Präsident. Die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohnes sei aber der falsche Weg. Damit würde die Schweiz an die Spitze der internationalen Mindestlohn-Rangliste katapultiert. Produziert würden damit seiner Ansicht nach zwei Sorten von Arbeitnehmenden: jene, die Arbeit haben, und jene, die keine haben. Nur dank einem vergleichsweise liberalen Arbeitsrecht habe die Schweiz den Strukturwandel gut meistern können und stehe heute punkto Wohlstand und Arbeitslosigkeit in Europa gut da.

Mindestlohn schafft gleich lange Spiesse

Das Coiffeurgewerbe kenne seit langem Mindestlöhne, stellte dessen Vertreter René Sommer fest. Ein Mindestlohn von 22 Franken pro Stunde oder 4000 Franken pro Monat, wie das die SGB-Initiative verlange, sei jedoch jenseits von dem, was für Arbeitgeber im Coiffeurgewerbe tragbar sei. Ein grosser Teil der Coiffeure sei gar nicht in der Lage, solche Löhne zu zahlen. Ein Coiffeur oder eine Coiffeuse bringe nach der Lehre höchstens einen monatlichen Umsatz zwischen 4000 und 4500 Franken. Werde ein Mindestlohn flächendeckend eingeführt, müssten viele Betriebe schliessen und rund 60 Prozent der Lehrabgänger würden keine Stelle finden.

Damit war die Diskussion vollends lanciert. Die genau gleichen Argumente seien seinerzeit gegen die gewerkschaftliche Kampagne „Kein Lohn unter 3000 Franken“ ins Feld geführt worden, erinnerte Lampart. Heute zahlten sowohl Migros als auch Coop oder das Gastgewerbe deutlich höhere Löhne. Mindestlöhne verhinderten, dass „Schmuddelbetriebe“ mit Lohndrückerei eine ganze Branche kaputt machen könnten. Genau aus dem Grund habe der Dachverband der Reinigungsfirmen Seite an Seite mit den Gewerkschaften für einen Mindestlohn für das Reinigungspersonal gekämpft, betonte der SGB-Chefökonom. „Es geht darum, gleich lange Spiesse zu schaffen.“

Lohndrückerei einen Riegel schieben

Knecht und Sommer beharrten indessen auf dem Standpunkt, man dürfe nicht alles über einen Leisten schlagen. Jungen Leuten könne auch ein geringerer Lohn als der Mindestlohn zugemutet werden. Es könne ja nicht sein, dass sie sich nach der Lehre gleich einen BMW oder eine 4-Zimmer-Wohnung leisten könnten. Umgekehrt könne eine Familie mit Kindern auch mit einem Mindestlohn nur schwer über die Runden kommen.

Einig waren sich die Teilnehmenden auf dem Podium in einem Punkt. Auf die Frage von Gesprächsleiter Christoph Bopp von der „Aargauer Zeitung“, ob eine Aufstockung der Einkommen von Working poors durch den Staat wie in den USA auch für die Schweiz ein taugliches Modell sein könnte, winkten alle ab. Eine solche Subventionierung könnten Arbeitgeber dazu benutzen, die Löhne bei ohnehin schon schlecht bezahlten Stellen weiter zu drücken, räumte Daniel Knecht ein. Einem solchen Verhalten gelte es mit der Festsetzung von Mindestlöhnen einen Riegel zu schieben, meinte Lampart.

Unzufriedenheit wächst

Zu Beginn der Veranstaltung stellte der Soziologe Ueli Mäder die Mindestlohn-Diskussion in einen grösseren sozialpolitischen Kontext. Mäder wies darauf hin, dass der Wohlstand noch nie so gross gewesen sei wie heute. Gleichzeitig habe sich jedoch die soziale Brisanz verschärft. Der Kern der Unzufriedenheit sei die zunehmende ungerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen.

In der Nachkriegszeit hätten breiteste Bevölkerungskreise vom Boom profitiert. Alle Schichten seien mit dem Lift nach oben gefahren. Noch in den neunziger Jahren seien die Leute eher bereit gewesen, alles auf die eigenen Schultern zu nehmen. Sie hätten sich selber die Schuld gegeben, dass sie wenig verdienten.

Das habe sich geändert. Leistung schlage sich heute nicht mehr automatisch in höheren Löhnen nieder. Das spürten die Leute und mache sie wütend. Sie empörten sich über die oberen 10 Prozent, die hohe Boni kassierten, während sie selber auf keinen grünen Zweig kommen. Ein Teil der vom Abstieg Bedrohten werde anfälliger für populistische Parolen und suche Halt in autoritären Mustern. Das sei gesellschaftspolitisch gefährlich.

Die Ausgewogenheit zwischen Kapital und Arbeit sei in den vergangenen Jahrzehnten zunehmend von einem angelsächsisch geprägten Marktliberalismus zurückgedrängt worden, stellte Mäder fest. Doch es gebe Gegenbewegungen aus unterschiedlichsten Kreisen. Selbst

viele reiche Leute hätten zunehmend Probleme mit diesem System und versuchten, wieder eine soziale Balance herzustellen, weil sie zur Einsicht gelangt seien, dass das einseitige Denken den Arbeitsfrieden und den Zusammenhalt der Gesellschaft beeinträchtigt.

Aarau, 23. Februar 2012



Angeregte Podiumsdiskussion mit (v.l.n.r.) René Sommer (Coiffeurverband), Daniel Knecht (AIHK), Christoph Bopp (AZ Medien), Daniel Lampart (SGB) und Viviane Hösli (AGB)